

Weckruf für mehr Innovationsexzellenz und Mitbeteiligung an den Digitalisierungsgewinnen

Zusammenfassung der Referate und Diskussionen an der Tagung
«Digitaler Innovationswettbewerb: Aufbruch in die zweite Halbzeit» der Stiftung
Fondation CH2048

Datum, Zeit	22. März 2017, 9.45 bis 16.00 Uhr
Ort	Theater Casino Zug, Zug
Verfasser	Dr. Yves Schneider und Patrick Zenhäusern, Polynomics AG

Dölfli Müller, Stadtpräsident, überbringt das Grusswort der Stadt Zug

Zug ist inzwischen eine globale Stadt mit einem günstigen Nährboden für die Entwicklung eines dicht vernetzten Start-up-Hubs mit Dorfcharakter, der die gegenseitige Befruchtung der einzelnen Start-ups auf engem Raum möglich macht. Zug versteht sich als Silicon Valley für Kryptowährungen und will diese Positionierung weiter vorantreiben. Zentral dazu ist die strategische Weiterentwicklung des bestehenden Fintech/Bitcoin-Clusters und die Positionierung von Zug als Standort für Pioniere.

Dr. Christoph Koellreuter, Dr. Niklaus Honauer und Ronald Joho-Müller begrüßen die Teilnehmenden zur vierten öffentlichen Tagung der Stiftung Fondation CH2048 «Digitaler Innovationswettbewerb: Aufbruch in die zweite Halbzeit». Die Tagung legt den Fokus auf die Herausforderungen der Schweiz, einerseits Innovationsexzellenz voranzutreiben (siehe Tagungsfokus II, S. 4 ff.) und andererseits auch Partizipation an den Digitalisierungsgewinnen zu ermöglichen (Tagungsfokus I, S. 1 ff.).

Tagungsfokus I ó Soziale Aspekte der Digitalisierung

Dr. Christoph Koellreuter informiert einleitend über den Schwerpunkt der aktuell laufenden Phase 2 des Reformprojekts der Fondation CH2048 zur digitalen Revolution mit zwei Kernthemen:

- Erstes Kernthema ist die «Neue Sozialpartnerschaft». Dabei werden Aspekte untersucht wie die Arbeitnehmervertreter als Dienstleister für Erwerbstätige in neuen Arbeitsformen, der verstärkte Aufbau unternehmensinterner Hausverbände, aber auch flankierende Massnahmen wie die Definition und Entwicklung von «best practices» im Umgang mit den Herausforderungen der digitalen Transformation durch die Sozialpartner.

- Zweites Kernthema ist das Sozialversicherungsrecht. Dabei werden Aspekte untersucht wie die Lancierung eines Zertifizierungssystems für digitale Plattformen (z. B. Einhaltung der GAV- Mindeststandards der Branche), sozialversicherungsrechtliche Gleichstellung diverser Arbeitsformen sowie die Idee der Arbeitsversicherung anstelle der Arbeitslosenversicherung.

Der neue Erwerbstätige ist ein Architekt seiner selbst

Alessandra Assenza von der International Organisation of Employers (IOE) äussert sich im Rahmen ihres Inputreferats zu spezifischen Aspekten der Sozialpartner auf globaler Ebene.

Vor einem halben Jahrzehnt ist die Digitalisierungsdebatte stark auf der Grundlage von gesellschaftlichem Unbehagen gestartet. Die Angst ist inzwischen gewichen und konstruktive Beiträge stehen im Vordergrund. So zeige auch das McKinsey Global Institute Research auf, dass sich die Arbeitsplatzverluste mit neu entstehenden Arbeitsplätzen balancieren.

In Zukunft haben Arbeitnehmende andere Präferenzen bezüglich Lebensgestaltung als bisher. Eine konstante Beschäftigung beim selben Arbeitgeber über viele Jahre ist ein Auslaufmodell. Inskünftig verlangen Arbeitnehmende mehr Flexibilität, mehr Mobilität, eine vielfältige Arbeit bei verschiedenen Arbeitgebern. Die rechtliche Grundlage muss angepasst werden um den neuen Ansprüchen der Arbeitnehmer gerecht zu werden und um sie in der neuen Arbeitswelt zu schützen.

Die Arbeitnehmerorganisationen repräsentieren weltweit lediglich 13% aller Arbeitnehmer. Ähnliches gilt für die Arbeitgeberorganisationen. Daher stellt sich die Frage, ob diese Organisationen überhaupt in der Lage sind die Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Zukunft zu vertreten. Die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen haben viele gemeinsame Interessen und sollten daher zusammenarbeiten. Sozialer Dialog und industrielle Beziehungen sollten sich gegenseitig befruchten.

Die IOE empfiehlt, den digitalen Graben zu verringern, die Kosten des Internetzugangs zu senken und das Sozialsystem zu reformieren. Der Zugang zum Sozialsystem sollte unabhängig von der Arbeitsform sein. Die Arbeitnehmerorganisationen haben auch die Aufgabe, ihre Mitglieder für die Notwendigkeit und lebenslangen Lernens zu sensibilisieren.

An den Digitalisierungsgewinnen sollen alle partizipieren

Stellvertretend für Dr. Christina J. Colglough von der UNI Global Union¹ äussert sich Daniel Münger, der Präsident von Syndicom. Aus seiner Sicht ist die zentrale Herausforderung, dass die Kosten der Digitalisierung auf alle Schultern verteilt werden. Als eine mögliche Massnahme sind Arbeitszeitverkürzungen denkbar, die aufgrund der steigenden Produktivität zu erwarten sind.

Zeiten des Umbruchs eröffnen immer auch Chancen, die allen zugutekommen sollten. Die Schweiz reguliert den Arbeitsmarkt traditionell wenig. Deshalb müssen die Sozialpartner gemeinsam neue Eckwerte definieren und über eine kluge «Selbstregulierung» ermöglichen, dass alle an den Digitalisierungsgewinnen partizipieren können.

¹ Die Referentin konnte am Veranstaltungsort nicht über Videokonferenz zugeschaltet werden.

Gleichstellung der Sozialversicherungen unabhängig von der Erwerbsform

Die soeben dargelegte Sicht der Sozialpartner-Organisationen wird auf der Basis eines von Prof. Dr. Ernst Brugger moderierten Panelgesprächs reflektiert, an dem folgende Parlamentarierinnen und Parlamentarier teilnehmen:

- Kathrin Bertschy, NR BE (GLP), Beirat Fondation CH2048
- Balthasar Glättli, NR ZH (Grüne)
- Beat Jans, NR BS (SP), Beirat Fondation CH2048
- Martin Landolt, NR GL (Präsident BDP), Stiftungsrat Fondation CH2048
- Stefan Müller-Altermatt, NR (SO)
- Lukas Reimann, NR SG (SVP)
- Daniela Schneeberger, NR BL (FDP)

Einleitend wird das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erörtert, in dessen Kontext sich die Panelteilnehmenden über Opportunitäten und Risiken der Digitalisierung äussern. Opportunitäten sind aus ihrer Sicht die neuen Formen von Eigentum (Recht auf Teilhabe, Zugang, Commons), die Steigerung der Lebensqualität, die bessere Ausschöpfung des individuellen Potenzials aufgrund neuer Arbeitsformen, kreativere und partizipativere Arbeit, die stärkere Verbreitung von Mikrounternehmen (man kann sich bereits mit wenig Kapital verselbstständigen) und generell die Demokratisierung und Ökologisierung der Wirtschaft.

Zu den Risiken wird das Entstehen grosser globaler Monopole angeführt, die mit unseren Daten unser Privatleben steuern, aber auch die durch die Digitalisierung ermöglichte Vermögenskonzentration. In den neuen Arbeitsformen wird nur insofern eine Gefahr gesehen, wie sie sich ausserhalb des Sozialversicherungen und ausserhalb der Sozialpartnerschaft bewegen.

Gefordert wird auch, dass die Schweiz sich nicht abkapselt, indem sie durch Regulierungen digitale Unternehmen vertreibt bzw. fernhält; denn bereits heute weist die Schweiz hohe Kosten für Unternehmensgründungen auf. Künftige Regulierungen wie beispielsweise eine Robotersteuer könnten den Standort zusätzlich unattraktiv machen.

Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sehen die Politik pointiert in der Pflicht, Impulse zu setzen, damit die Digitalisierung in ihren positiven Wirkungen gestärkt oder die Risiken eingedämmt werden. Konkret wird in diesem Kontext ein bunter Strauss an teilweise auch gegensätzlichen Vorschlägen und Positionen vertreten:

- Multinationale Unternehmen sind nicht zu regulieren: Man muss sich auf das Machbare konzentrieren. Dazu zählt einerseits die Arbeitsmarktregulierung. So sind heute Personen mit Mehrfachbeschäftigung oder Teilzeit schlechter gegen Arbeitslosigkeit versichert. Andererseits ist die Frage zu stellen, wo unser existierendes, mehr oder weniger liberales System untergraben wird. Hier sitzen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im selben Boot. Davon betroffen sind das Sozialversicherungs-, das Arbeits- und das Steuerrecht. Zielführend wäre eine Gleichstellung bei der Sozialversicherung zwischen unselbständig und selbständig Erwerbenden, also eine Gleichstellung der Sozialversicherungen unabhängig von Arbeitsform und Umfang.
- Aufgrund der demographischen Entwicklung sollten wir länger arbeiten: Das Steuerrecht und die Altersvorsorge verursachen jedoch unnötige Kosten und setzen dadurch falsche Anreize. Zudem sind die Kosten für Selbstständige aufgrund der heutigen Regelung der AHV zu reduzieren. Die AHV stellt Selbstständige beispielsweise vor die Wahl, entweder eine Unternehmung zu gründen

oder sich vom Auftraggeber anstellen zu lassen, da sie das Auftragsverhältnis mit dem Kunden als eine arbeitsverhältnisähnliche Abhängigkeit einstuft.

- Bezüglich Ausbildung, Forschung und Wagniskapital sollte die Schweiz mehr Ideen einbringen: Einerseits wird betont, dass sich politische Sparprogramme negativ auf die Bildung auswirken. Es braucht einen neuen politischen Willen, mehr Geld für die Hochschulen auszugeben, weshalb es Sinn macht, über eine verstärkte Beteiligung des privaten Sektors und Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen zu sprechen. Letztlich bräuchte es auch eine Ausbildungs-offensive für Lehrer und Dozierende, weil diese derzeit nicht für den Umgang mit der Digitalisierung geschult sind. Andererseits wird eingewendet, dass mehr Investitionen in Um- und Weiterbildung nicht in der Lage sind, das Problem zu lösen. Viele Leute, welche ihre Arbeit auf Plattformen wie Task Rabbit anbieten, weisen einen sehr hohen Bildungsstand auf. Wichtig ist vielmehr die Frage, wie die Schweiz das Kräfteverhältnis zwischen einheimischen KMU und den riesigen globalen Plattformen ausgleichen. Es sollte daher erneut und ernsthaft auch über das bedingungslose Grundeinkommen oder vergleichbare Instrumente nachgedacht werden.

Abschliessend nennen die Panelteilnehmenden einige Länder, aus denen man lernen könnte. Aus Europa werden Skandinavien oder Island genannt, weil diese Länder weniger Unterschiede entlang arbiträrer Dimensionen machen (verheiratet gegenüber nicht verheiratet, Arbeitnehmer gegenüber Arbeitgeber, etc.). Dänemark wird hervorgehoben, weil das Land derzeit versucht eine nationale Datenpolitik zu formulieren, Berlin und Brüssel, weil die Schweizer Wirtschaft in Europa eingebunden ist und weil Berlin das Scheitern gewöhnt ist. Aus Übersee werden die Länder Taiwan und Singapur genannt, weil diese Länder auf die Firmen zugehen und sie in ihr Land holen wollen, woraus wertvolle Hinweise für eine gute Standortpolitik der Schweiz ableitbar sind. Ebenfalls werden die US-Hotspots genannt, die punkto Innovationsexzellenz gut aufgestellt sind.

Tagungsfokus II ó Schweiz im globalen Innovationswettbewerb

Die Schweiz weist im digitalen Innovationswettbewerb signifikante Schwachpunkte auf

Dr. Christoph Koellreuter präsentiert die gemeinsam mit Dr. Christoph von Arb (Trypleye) verfasste erste Ausgabe des Innovationsreports der Fondation CH2048 (CH2048 Innovationsreport). Darin werden Primärdaten aufgearbeitet, welche zeigen, wie sich die Schweiz im globalen Innovationswettbewerb positioniert. Das daraus resultierende Bild steht im Kontrast zu Länderanalysen wie diejenige des WEF oder des European Innovation Scoreboard, in denen die Schweiz wiederholt als wettbewerbsfähigste und innovativste Volkswirtschaft der Welt dargestellt wird.

Konzeptionell werden Schlüsselbranchen als Wohlstandstreiber definiert, die sich auszeichnen durch die oberste Stufe in der globalen Wertschöpfungskette, Spezialisierung, einen hohen Exportanteil und durch eine überdurchschnittliche (Stunden-)Produktivität. Zentrale Schweizer Schlüsselbranchen sind die Pharmaindustrie, der Finanzsektor, die ICT-Branche und die MEM-Industrie. Bei diesen Schlüsselbranchen ist die Schweiz punkto Stundenproduktivität und Wachstum der Arbeitsplätze wohl immer in der Spitzengruppe von 15 vergleichbaren Innovationshotspots, aber faktisch nie ganz an der Spitze. Bei

allen vier Schlüsselbranchen sind es amerikanische Standorte, die 2016 bei der Stundenproduktivität die ersten Plätze einnahmen.

Verglichen werden mit der Schweiz 15 Regionen und Länder mit einer Einwohnerzahl zwischen 5 und 20 Mio., die in der digitalen Transformation vorbildlich oder für die Schweizer Schlüsselbranchen wichtige Konkurrenzstandorte sind, wie San Francisco (Silicon Valley), New York/New Jersey, Boston, Schweden, London, Baden-Württemberg oder Singapur.

In dieser Peer Group liegt die Schweiz (Pharma, Finanz, ICT und MEM) beim Innovationserfolg, d.h. bei der Bruttowertschöpfung pro Arbeitsstunde, auf den Rängen 3 bis 5, und bei den untersuchten «factors behind» auf den Plätzen 3 bis 9, so beim Ranking der Weltklasseuniversitäten, dem Anteil des Privatsektors an der Hochschulfinanzierung, den F&E-Aufwendungen (Anteil am BIP), den Venture-Capital-Aufwendungen (Anteil am BIP), den Neugründungen von Firmen und den «Gazelle Companies» oder auch punkto Anteil der ICT-Forschenden und digitale Durchdringung von Weltklassepatenten in Life-Sciences-Technologien und in MEM-Technologien.

Bei den allgemeinen Rahmenbedingungen der Innovation hingegen (Besteuerung, die Arbeitsmarktregulierung, die Qualität der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, die Lebensqualität sowie die Qualität der Berufsbildung) ist die Schweiz weltweit führend. Bei den Innovationsressourcen und Innovationsprozessen weist die Schweiz allerdings Defizite im Vergleich zu den fünf Top-Standorten auf. Insbesondere gibt es einen Aufholbedarf bezüglich der digitalen Durchdringung der einzelnen Technologien. Die Schlüsselbranchen halten bei den einzelnen Technologien zwar mit, nicht jedoch bei der Technologieverflechtung. Gemäss Swiss Technology Trends Association (STTA) sind die Schweizer Life Sciences noch nicht stark digitalisiert, während andere Länder die digitalen Kompetenzen vergleichsweise besser in die Entwicklung neuer Technologien einbringen können.

Die Aussagen und Thesen des Reports werden anschliessend von Votanten aus verschiedenen Blickwinkeln kommentiert und reflektiert:

Fokus auf Universitäts-Portfolios um Venture Capital anzuziehen

Dr. Niklaus Honauer (PWC Schweiz) äussert sich zur Sicht eines «Global Players». Er betont dabei, dass die Mitarbeit der Privaten bei der Förderung von Exzellenz an unseren Universitäten notwendig ist. Dafür brauche es ein adäquates Anreizsystem. Insbesondere lasse sich die Attraktivität der Schweiz mit kompetitiven Steuersätzen und schlanker Compliance fördern. Mit der US-Steuerreform stelle sich eine zusätzliche Herausforderung. Beim Starting-a-business-Index liegt die Schweiz auf Rang 73. Steuerliche Rahmenbedingungen sind ein entscheidender Faktor bei der Standortwahl. Einerseits haben wir hier Nachholbedarf; andererseits müssen wir sicherstellen, dass das Steueraufkommen erhalten bleibt. Dazu sind die Entwicklungen in Europa einzubeziehen wie etwa der Vorschlag, dass der Ort der Leistungserbringung nicht der Sitz der Unternehmung die Besteuerungsgrundlage sein sollte. Eine 2016 durchgeführte Umfrage bei 300 KMU habe gezeigt, dass eine überwiegende Mehrheit (75%) der Firmen die digitale Transformation als grösste Herausforderung der kommenden Jahre betrachten.

Dr. Kathrin Amacker, Mitglied der Konzernleitung SBB, äussert sich zur Sicht eines grossen Arbeitgebers der Schweizer Binnenwirtschaft. Sie betrachtet den Innovationsreport als erfrischendes Produkt und als Weckruf, weil er uns in unserer Komfortzone stört. Insbesondere die MEM-Industrie hat bei der digitalen Durchdringung Nachholbedarf. Für den Erfolg entscheidend sei jedoch vor allem die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Hochschulen. Auch die SBB arbeite sehr aktiv mit der ETHZ und

der EPFL zusammen. Selbst die Exzellenz dieser beiden Hochschulen werde zunehmend herausgefordert von Ländern wie China, die in dieser Dimension stark aufrüsten. Ein grosses Manko bestehe offensichtlich beim Venture Capital, insbesondere im «later stage»-Bereich. Hier müsse unbedingt etwas geschehen. Und es stimme nachdenklich, dass es in der Schweiz keine grossen Software-Firmen gebe.

Prof. Dr. Marc Tanner, Präsident der Schweizerischen Akademie der Naturwissenschaften, äussert sich zur Sicht der Wissenschaft am Standort Schweiz. Die Schweiz sei nicht schlecht positioniert und auch die Förderinstrumente seien nicht schlecht dotiert. Das Problem sei aber die schlechte Wissenschaftskultur. Diese erzeuge einen grossen Friedhof an Apps, Startups, Spin-offs etc. Wichtig ist, dass sich die Forschung mit der gesamten Wertschöpfungskette befasst. Das Motto muss sein: «From Innovation to Validation to Application und weg von der Blue Sky Research». Die Universitäten orientierten sich dagegen zu viel an kurzfristigen und sinnlosen Erfolgskriterien. Dadurch kommt es zu einer grossen Fragmentierung in kleine Einzelprojekte. Die Forscher und Universitäten sollten vielmehr ein konzises Portfolio erstellen und dieses mit allen Partnern und Disziplinen übergreifend gemeinsam bearbeiten: «From Research Driven to Systems Driven». Dies sei die beste Voraussetzung, damit Start-ups gelingen und Venture Capital angezogen wird.

Die Schweiz braucht eine Exzellenzinitiative

Im Rahmen eines von Prof. Dr. Ernst Brugger moderierten weiteren Panels mit Dr. Kathrin Amacker, Dr. Philippe Halbherr (Mitglied der Geschäftsleitung, SBVg), Dr. Niklaus Honauer, Daniel Münger (Präsident Syndicom), Ruedi Noser (Noser Group und Zürcher Ständerat, FDP), Andreas Ruch (Inhaber Ruch Gruppe Altdorf, Präsident Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz (IHZ) und Prof. Dr. Marcel Tanner wird basierend auf der ersten Ausgabe des Innovationsreports CH2048 die Frage diskutiert, welche Aspekte für die Schweiz besonders relevant sind, um im digitalen Innovationswettbewerb die zweite Halbzeit zu gewinnen.

Ruedi Noser zeigt auf, dass sich mit der Digitalisierung die Geschäftsmodelle grundlegend ändern: alles wird datengetrieben. Man baut Häuser aufgrund von Daten, nicht aufgrund von Plänen. Auch Schuhe fabriziert man aufgrund von Daten, etc. Für die zweite Halbzeit gilt für die Schweiz dreierlei:

- Erstens geht es darum gute Ideen gross zu denken: Die Digitalisierung verlangt, dass eine Idee vom ersten Augenblick an weltweit umgesetzt wird. Eine gute Idee erkenne man nicht daran, dass sie von Anfang an von einer Mehrheit als gut befunden wird; denn damit sei sie bereits zum main stream geworden und somit überholt. Eine gute Idee wie AirBnB (fremde gebrauchte Matratzen vermieten) war anfänglich nicht mehrheitsfähig. Wichtig ist, dass in der Schweiz gute Ideen von exzellenten Köpfen Leuten weiterentwickelt werden, so dass sie kommerzialisierbar werden und daraus Arbeitsplätze entstehen.
- Zweitens gilt es Talente anzuziehen: In den USA kann eine neue Firma ohne einen Nennwert Milliarden an Aktien herausgeben. Ein Unternehmen kann somit sehr schnell einen hohen Wert erreichen. «Das CH-Aktienrecht ist ein Recht, das grosse Ideen zuerst einmal klein macht». Wenn man in der Schweiz eine AG gründet, muss man die gute Idee als Sachwert einbringen und diese von einem Revisor bewerten lassen. Das sind schlechte Rahmenbedingungen, die Talente demotivieren, ihre Ideen in der Schweiz zu kommerzialisieren.
- Drittens ist Raum für Innovation zu schaffen: Für die universitäre Forschung sind drei Faktoren relevant: Forschungsfreiheit, Geld, aber auch Platz. Forschungsfreiheit und Geld sind in der

Schweiz vorhanden; knapp aber ist der Platz. Will eine Unternehmung mit einigen Tausend Arbeitnehmern in die Schweiz ziehen, mangelt es meist am Platz.

Die Schweiz braucht als Motivations- und Innovationsschub eine Exzellenzinitiative für die Hochschulen, wobei es nicht primär darum gehen kann die Nummer 1 zu sein.

Daniel Mürger betrachtet als wichtigste Grundlage der Schweiz die arbeitenden und denkenden Menschen. Dabei braucht es nebst der Exzellenz auch Entwicklungen, welche die Bevölkerung in der ganzen Breite mitnehmen. Der Mehrwert darf nicht nur Einzelnen zukommen. Damit Wachstum und Wettbewerb funktionieren, braucht es einen breit abgestützten Konsens in der Bevölkerung. Die Sozialpartnerschaft war in der Vergangenheit ein Instrument, das diesen Konsens herstellen konnte.

Andreas Ruch betont, dass bei den Arbeitsbedingungen die Flexibilität sehr wichtig sei. Die teilweise übertriebenen Vorschriften und Regulierungen sind zu überdenken. Nur so können Top-Innovationen bis nach unten auf die Werkbank gebracht werden. Auch die Lehrpläne sind hinsichtlich den Anforderungen der Digitalisierung zu überarbeiten.

Dr. Philipp Halbherr betont die Rahmenbedingungen für die Finanzbranche in der Schweiz, weil Banking eine «Footloose-Industrie» ist (Kapital ist sehr mobil). Die Schweizer Banken sind Teil der Fintech-Entwicklung und partizipieren in diesen neuen Märkten und Produkten. Die Blockchain-Technologie hingegen greift die Rolle des Intermediäre an, wobei die Banken selbst Teil dieses Prozesses sind. Die heutigen Banken setzen auch vermehrt auf «Banking as a service» aus der Cloud. Das Outsourcing ist jedoch bei den Banken streng geregelt, weil die FINMA aus aufsichtsrechtlichen Gründen verhindern will, dass gewisse Prozesse ins Ausland ausgelagert werden.

Der Marktzugang ist für das Cross-Border-Geschäft der Schweizer Banken zentral. Ausländische Finanzinstitute dürfen Schweizer Kunden betreuen, Schweizer Banken hingegen nicht ausländische Kunden. Die Schweiz verwaltet grosse Vermögen und ist Sitz vieler internationaler Firmen. Sie wäre somit bestens geeignet einen eigenen Kapitalmarkt zu betreiben, der zwischen den Firmen und den Vermögen vermittelt. Dem stehen Stempelabgabe und Verrechnungssteuer im Weg. Deshalb sei die Abschaffung der Stempelabgabe und ein Umbau der Verrechnungssteuer überfällig.

Die Panelteilnehmenden betonen in der Schlussrunde, dass sich die Schweiz ihrer Defizite besser bewusst werden sollte. Es brauche eine fundamentale Kulturänderung zur Förderung von Start-ups, wobei das Lamento, dass in der Schweiz nur wenige Studierende Unternehmer werden wollen nicht so sehr relevant sei, weil in der Schweiz Innovation auch in bestehenden Unternehmen stattfindet. Zentral sei, dass man Eliten zulasse. Innovationen ohne Köpfe sind kopflos und führen nicht zu Arbeitsplätzen. Man müsse die besten Leute anziehen. Dafür brauche es auch Venture Capital. Daran fehlt es in der Schweiz. In den USA gilt «one share - one vote». Investoren steigen ein und steigen wieder aus. Zudem brauchen wir eine Exzellenzinitiative um die F&E-Aufwendungen der öffentlichen Hand zu erhöhen. Eine solche Initiative müsse allerdings differenziert angegangen und realisiert werden. Mehr private F&E seien hingegen nicht unbedingt nötig.